Zeitschrift: Saiten: Ostschweizer Kulturmagazin

Herausgeber: Verein Saiten

Band: 20 (2013)

Heft: 228

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

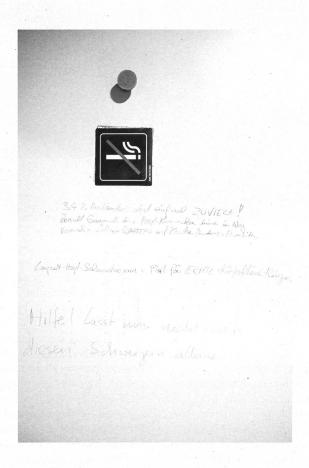
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Elias Raschle fotografierte in der Toilette des Geisterzuges kurz vor Mitternacht (letzte Verbindung St.Gallen-Bern).

Redeplatz

«Ich bin überzeugt, dass Occupy wieder auflebt»



Brigitta Beglinger, Mitglied der Antikapitalistischen Linken AKL, bilanziert zwei Jahre Occupy und nimmt sich Don Quichotte zum Vorbild.

Von Occupy ist kaum noch etwas zu hören, jedenfalls in der Ostschweiz. Warum?
Brigitta Beglinger: Es gibt im Moment keine Aktivität in unserer Gruppe, aber zum Beispiel in Zürich schon. Dort sprach kürzlich David Graeber von Occupy Wallstreet zum Zwei-Jahres-Jubiläum von Occupy. Wir in St.Gallen, das sind sechs, sieben, acht Leute; wenn zwei oder drei weg sind, merkt man das rasch. Aber wir sind vielfältig vernetzt, beteiligen uns an Aktionen anderer Organisationen. Und wenn Leute sich mit Ideen melden, dann bin ich überzeugt, dass Occupy wieder auflebt.

Gab es denn Erfolge?

Wir haben uns jede Woche getroffen, immer dienstags im Cabi. Es gab schon Erfolge. Zum Beispiel Occupy Olma, wo wir zusammen mit Basisbauern eine Aktion für regionalen Einkauf durchgeführt haben. Oder Occupy Money zur Monetative, der Vollgeld-Initiative. Wir waren auch beim Referendum gegen das Asylgesetz mitengagiert.

Was war und ist Ihr persönliches Anliegen bei Occupy?

Vieles läuft schief, bei den Banken, in der Landwirtschaft oder in der Asylfrage. «Join the revolution» hiess ja der internationale Slogan. Bei uns lautete die Parole «Wir sind die 99 Prozent». Ich habe mich von den Occupy-Anliegen von Beginn weg angesprochen gefühlt und finde wichtig, dafür einzustehen und Verantwortung wahrzunehmen.

Von aussen hat man den Eindruck, Occupy sei eingeschlafen.

Das ist nicht wahr, es hat sich zumindest in den Köpfen viel bewegt. Unter anderem auch dank des Komitees «sparpakete_nein.ch», wo wir uns ebenfalls engagierten. Aber das Ganze ist eine Basisbewegung, deren Strukturlosigkeit nicht unproblematisch ist. Dank der neuen Medien funktionierte aber die Mobilisierung. Und ich bin überzeugt, dass gerade dadurch noch lange der Funke weiterglimmt. Das Occupy-Feuer kann sich wieder neu entzünden.

Die Antikapitalistische Linke AKL, der Sie angehören, tritt an gegen Konkordanz und wirft den linken Parteien vor, die Sache der Bourgeoisie mitzumachen. Ist das nicht ein Widerspruch, wenn Sie sich zugleich mit dem Kampf gegen Sparpakete für einen starken Staat einsetzen?

Wir sind nicht dagegen, zusammenzuarbeiten; ich selber gehöre auch der Gewerkschaft an. Aber wir sind sehr kritisch gegenüber der institutionellen Linken, weil sie das System mitträgt. Wir engagieren uns primär gegen die Macht der Banken, gegen die Schuldenpolitik und dafür, dass die Finanzwelt insgesamt vergesellschaftet wird. Es geht um eine Mobilisierung von unten. Die Lohnabhängigen müssen sich zur Wehr setzen.

POSITIONEN

von rechts mobilisieren als von links. Deshalb braucht es Opposition von links. Die AKL gibt es erst seit 2008, sie ist noch im Aufbau. Auch in der Westschweiz und im Tessin, und dort wehren sich die Lohnabhängigen stärker, es gibt eine Streikkultur, das zeigen Fälle wie Gate Gourmet in Genf, ein Spitalstreik in Neuchâtel oder die Officina in Bellinzona. Die AKL sagt: Der Kanitalismus als Gesellschaftsform hat versagt. Weg mit

Gerade die Lohnabhängigen lassen sich aber eher

tel oder die Officina in Bellinzona. Die AKL sagt: Der Kapitalismus als Gesellschaftsform hat versagt. Weg mit dem alten Zopf! Wir fordern die Vergesellschaftung der Finanzmittel, des Bodens, der Industrie, der Medien.

Verstaatlichung also?

Vergesellschaftung ist das richtige Wort. Woran wir uns stören, ist das Grosskapital, sind die Grosskonzerne, die Macht in den Händen einiger weniger. Geld, Macht und Politik sind verheiratet miteinander.

Glauben Sie, dass sich das ändern lässt?

Das ist natürlich ein ganz langes Projekt. Und wie es am Ende herauskommt, kann niemand sagen. Aber ich bin überzeugt: Die Menschen im Land wissen eigentlich Bescheid. Aber es herrscht eine grosse Angst vor Verschlechterung, vor Kaufkraftverlust, davor, den Arbeitsplatz zu verlieren. Darum klammern sich die meisten an die Verhältnisse, wie sie sind.

Sie leben selber seit ein paar Jahren auf dem Land, in Ausserrhoden, in zumindest äusserlich idyllischen Verhältnissen. Wie geht das zusammen mit solchen revolutionären Haltungen?

Am Anfang hatte ich Heimweh nach der Stadt. Aber jetzt finde ich es hier traumhaft schön. Ein Widerspruch ist das nicht, wenn man sich trotzdem dagegen wehrt, was falsch läuft. Ich lebe eigentlich nach der Benediktinerregel: «ora et labora», bete und arbeite. Für mich gehört das meiste, was ich tue, im Haus und im Garten, aber auch meine Arbeit als Putzfrau oder als Statistin am Theater, zu diesem «ora».

Und die politische Arbeit?
Die ist «labora». Das ist anspruchsvolle Materie, sie erfordert Denkprozesse, man muss sich viele Kenntnisse, besonders auch historisches Wissen aneignen. Ich finde es wichtig, den Dingen auf den Grund zu gehen. Mein Vorbild ist Don Quichotte. Oder auch Scrat aus Ice Age, den ich mit meinen Enkeln im Kino gesehen habe. Wie er unermüdlich um seine Eichel kämpft: Das ist bewundernswert.

Brigitta Beglinger, 1945, ist pensionierte Fachperson Betreuung. Sie lebt in Wald AR.

Interview: Peter Surber Bild: Tine Edel

Einspruch: Tim Rüdiger Demokratie statt Markmacht

Der Philosoph Slavoj Žižek bezeichnet *eigentliche Politik* als «jenen Augenblick, in dem eine partikulare Forderung nicht einfach ein Teil der Aushandlung von Interessen ist, sondern auf etwas darüber Hinausreichendes abzielt».

Die 1:12-Initiative ist in diesem Sinn wohl das politischste Projekt weit und breit. Niemand bezweifelt, dass es bei der Initiative um mehr geht, als um das konkrete Verhältnis 1:12. Nein, sie ist deshalb so radikal, weil sie diejenigen Fragen stellt, die unser Zusammenleben insgesamt betreffen: Wie sollen wir die Früchte unserer gesellschaftlichen Arbeit verteilen? Was ist ein *gerechter Lohn?* Wie viel materielle Ungleichheit wollen wir hinnehmen?

All diese Fragen dürften in unserer heutigen marktkonformen Demokratie eigentlich gar nicht erst gestellt werden; denn sie bedeuten nach neoliberaler Leseart bereits den demokratischen Sündenfall. Im Neoliberalismus ist alleine der anonyme «Markt» der Ort der Wahrheit. Er besitzt die Definitionsmacht über einen angemessenen, fairen und nachhaltigen - kurz: einen guten Lohn, und nimmt damit den Platz einer höchsten moralischen Instanz ein. Wirtschaftliche Fragen dürfen nicht demokratisch verhandelt werden, die Entscheidungsmöglichkeit der Menschen beschränkt sich auf Fragen, die an den Machtverhältnissen wenig verändern, und auf ihren Konsum. Doch hinter dem Markt steht keine universelle Vernunft oder pseudodemokratische Gesamtheit der Konsumentinnen und Konsumenten, sondern die nackte Macht der Besitzenden.

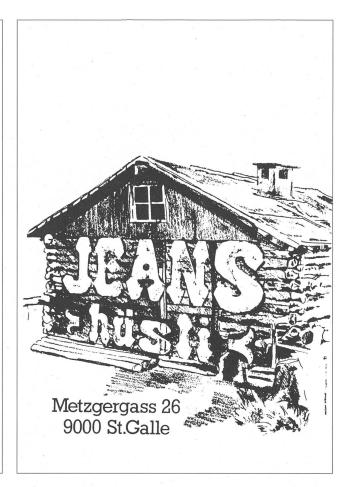
Die 1:12-Initiative ist der Versuch – getrieben von der Überzeugung, dass wir die Probleme unserer Gesellschaft gemeinsam benennen und lösen müssen –, stattdessen die Demokratie an jenen höchsten Platz zu setzen. Durch die Idee der Lohnbandbreite wird ein demokratisch legitimierter Rahmen für die Wirtschaft aufgestellt, der den aktuellen Konsens über die Bedeutung eines guten Lohns widerspiegeln kann. Der Markt und seine Mechanismen werden damit nicht einfach ausgehebelt, sondern ins entmystifizierte Arsenal der verschiedenen Werkzeuge unserer Gesellschaft gestellt.

Am 24. November haben wir über nichts weniger zu entscheiden, als über die Grenzen der Demokratie selbst. Kämpfen wir für mehr Terrain für gemeinsame Entscheidungen!

Tim Rüdiger, 1994, ist Co-Präsident der Juso St.Gallen

In der Rubrik «Einspruch» schreiben wechselnde Gastkommentatoren zu einem jeweils aktuellen Thema.







Stadtlärm Widerstand ist ein hartes Geschäft



Es war ein Paukenschlag und eine historische Niederlage: Am 25. November 2012 verlor die SP ihren einzigen Sitz im St.Galler Stadtrat – statt einen zweiten zu gewinnen.

Und seither? Noch immer steht das Rathaus am gleichen Ort, noch wird am Glasfasernetz gebaut, noch immer spielen sie Konzerte im Palace.

Es gibt ein schlagendes Beispiel für die Veränderungen: Am 7. Juli Juni 2011 gaben Stadtpräsident Thomas Scheitlin und Baudirektorin Elisabeth Beéry bekannt, dass die Tiefgarage am Marktplatz keine Konzession erhalten wird.

Am 22. August 2012 stellte Elisabeth Beéry die Pläne für den Ausbau des Parkhauses UG24 vor und bestätigte, dass die privaten Investoren keine Konzession erhalten werden.

Am 24. September 2013 erklärten Thomas Scheitlin und Nino Cozzio, dass genau diese Konzession nun doch erteilt wird. Zwischen zweimal Nein und einmal Ja lag der 25. November.

Das Wahlergebnis machte den Weg frei für eine bürgerliche Machtpolitik, wie sie in der Stadt St.Gallen seit Jahrzehnten nicht mehr möglich war – und in vergleichbaren Städten komplett undenkbar ist.

In einem ersten Schritt wurde Markus Buschor in der Schuldirektion parkiert. Er war wegen der grossen Unzufriedenheit mit Bau und Planung gewählt worden.

Danach folgte eine Machtdemonstration des bürgerlichen Blocks im Stadtparlament, der zweimal geschlossen abstimmte: Alle gegen links-grün.

Seither macht der Stadtrat, was er will: Er hält es nicht für nötig, sein von PricewaterhouseCoopers ausgearbeitetes Sparprogramm vorzustellen. Er treibt hinter den Kulissen die Autobahnausfahrt am Güterbahnhof voran. Er foutiert sich um Volksentscheide.

Wenn der Wind nur noch aus einer Richtung weht, drehen viele kleine Rädchen mit. Das geht bis zum Entscheid, für wie viele Sekunden die Verkehrsampeln für die Fussgänger auf Grün geschaltet werden. Oder wie die Velofahrer behandelt werden. Oder wie schnell der Durchgangsverkehr auf dem Gallusplatz unterbunden wird.

Und die Opposition? Es gab viele Communiqués. Genau einmal schaffte sie es, ein klares Zeichen zu setzen: Sie bodigte die Ausgliederung der VBSG mit 65 Prozent Nein-Stimmen. Ansonsten zeigte es sich, dass Widerstand ein hartes Geschäft ist. Es war ein einfaches Jahr für den bürgerlichen Stadtrat.

Andreas Kneubühler, 1963, kommentiert monatlich die Stadtpolitik.

Schande zum ersten 100'000 Jahre Migration

Sollten Sie iemals in die französische Hafenstadt Nantes fahren, so besuchen Sie das dortige historische Museum. Es gehört zu den wenigen Museen, die mir gefallen haben, weil es mit ganz wenigen Gegenständen auskommt. Einer ist der «Code noir», über den die Geschichte der Sklaverei erzählt wird. Das schändliche Regelwerk, das König Ludwig XIV 1685 erlassen hatte, definierte die Abhängigkeit der Sklaven von ihren sogenannten Besitzern: Blieb ein Sklave oder eine Sklavin länger als einen Monat verschwunden, so wurden ihnen nach der Rückkehr gemäss dem Code die Ohren abgeschnitten und sie wurden gebrandmarkt. Beim zweiten Mal wurde ihnen die Achillessehne durchtrennt. Beim dritten Mal wurden sie hingerichtet.

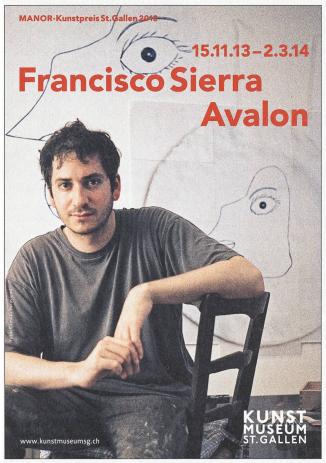


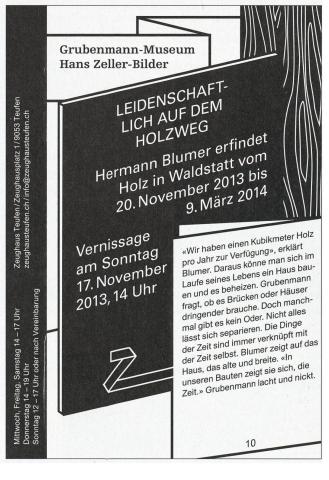
In Nantes lief während des Dreieckshandels, der Baumwolle nach Europa, Textilprodukte nach Afrika und Sklaven nach Amerika brachte, die Hälfte aller französischen Sklavenschiffe ein und aus. Der «Code noir» blieb bis zur Abschaffung der Sklaverei 1848 in Kraft.

Ein anderes Museum, das mich beeindruckt hat, ist das Museum für Migration auf der kleinen Insel Lampedusa, wo nur 5500 Menschen leben, hundert Kilometer von Tunesien und zweihundert von Italien entfernt, mitten im Mittelmeer. Der Bildhauer Giacomo Sferlazzo und seine Mitstreiter von der Kulturvereinigung Askavusa haben in ihrem Lokal Gegenstände der Flüchtlinge zusammengetragen, die sie am Strand gefunden haben: Ruder, Schuhe, Abschiedsbriefe, meist in die Hosen eingenäht.

Die Leute von Askavusa kochen für die Flüchtlinge, sie pfeifen rechtspopulistische Politiker aus, wenn







sie die Insel besuchen, und sie wollen die Migration dokumentieren: Sie haben das schon lange vor dem Schiffsunglück gemacht, das hoffentlich in der Schweiz auch endlich einigen mehr die Augen öffnet für die Mitverantwortung an der stillen Katastrophe auf dem Mittelmeer.

Leute wie die von Askavusa, die sich nicht mit vorschnellen Ausreden über Schlepper und dumpfen Sprüchen über die Fremden zufrieden geben, gibt es auch hier: Sie betreiben Treffpunkte wie die Autonome Schule in Zürich, das Café-Contact in St.Croix oder das Solidaritätshaus in St.Gallen. Jetzt kommt hier eine neue Gruppe dazu: Die Aktion Zunder will künftig mit Protest und Information die Öffentlichkeit über die herrschende Migrationspolitik aufwecken. Sie lädt am 1. November unter dem Motto «100'000 Jahre Migration» zu einer antirassistischen Geburtstagsparty in die Tankstell-Bar St.Gallen.

Bleibt die Hoffnung, dass auch dieses Zeitalter, in dem die europäischen Staaten Europa wissentlich 20'000 Menschen an ihrer Aussengrenze sterben liessen, bald der Geschichte angehört, wie heute der «Code noir». Dass sich die Menschen, wenn sie zurückblicken, nicht vorstellen können, dass die Bewegungsfreiheit einmal eingeschränkt wurde. Denn eines, da hat die Aktion Zunder recht, ist klar: Die Migration lässt sich nicht aufhalten.

Kaspar Surber

museodellemigrazioni.com solidaritaetshaus.ch facebook.com/aktion.zunder

Schande zum zweiten Drohung gegen SeeMoZ

Die Grossen mögen die Kleinen nicht. Das gilt auch für den Südkurier gegenüber dem kritischen Konstanzer Blog SeeMoZ. Die Redaktoren des Internetmagazins hatten nach einem Enthüllungsartikel über den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD Bodensee-Konstanz massenweise (Mord-)Drohungen vom rechten Rand erhalten, darunter Zeilen wie «Wir ziehen Dich vom Boden hoch, bis Dir die Luft ausgeht». Daraufhin schwappte eine Welle der Solidarität durch die Redaktionen der Region. «Was wir tun können?

Aufstehen, Widerstehen, Beistehen», schrieb beispielsweise das Konstanzer Kultblatt *qlt*.

Der Südkurier dagegen wollte nicht mal über die Geschehnisse an sich berichten. Erst als die SeeMoZ-Redaktoren Holger Reile und Hans-Peter Koch Anzeige bei der Polizei erstatteten, rapportierte das Lokalblatt, gut drei Wochen nach dem Vorfall: Der Staatsschutz ermittle gegen Rechtsextreme, «die zwei Konstanzer Journalisten bedroht haben sollen.» Uli Burchardt, der Konstanzer Oberbürgermeister, versicherte den «Seemotzern» hingegen an einer Gemeinderatssitzung seine Unterstützung. «Bedrohungen oder sogar Angriffe von Nazis, Neonazis und anderen Extremisten gegen einzelne Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bedeuten einen Angriff auf die gesamte Gemeinschaft», erklärte Burchardt. Das war dem Südkurier wiederum einen Einspalter wert.

Die Gründe, warum der Südkurier nicht berichten wollte, sind lachhaft. Zu oft schon habe man sich von Seiten der SeeMoZ-Redaktion die eine oder andere Spitze gefallen lassen müssen, habe der Konstanzer Lokalchef zu Holger Reile gesagt. Nun wird ja auf dem grenzüberschreitenden Blog nicht nur über den Südkurier genörgelt. Fast täglich erscheinen dort bissige und erfrischende Artikel über lokale und regionale Themen. Für viele in der Bodenseeregion ist der Blog eine Alternative und Ergänzung zum Mainstream-Journalismus der lokalen Tagespresse. Auch Oberbürgermeister Burchardt wurde aus dieser Ecke schon starker Wind entgegen geblasen. Dass ihn das nicht davon abgehalten hat, sich solidarisch zu erklären, ist lobenswert.

SeeMoZ finanziert sich übrigens durch Bannerwerbung und einen Förderkreis. Wer mehr wissen will: seemoz.de. Stefan Böker

Schande zum dritten Parkhaus-Zwängerei

Die schwarze Säule links: Das ist der Zeitraum, in dem am St.Galler Marktplatz tagsüber mindestens 120 Plätze in den umliegenden Parkgaragen frei waren. In Zahlen: 3648 Stunden. Daneben die Minisäule: Das sind die gut 81 Stunden, in denen weniger als 120 Plätze frei waren – meist am Samstagmittag.

120 Plätze: So viele Parkplätze sollen im Stadtzentrum aufgehoben und durch eine neue Parkgarage am Schibenertor ersetzt werden. So hat es der Stadtrat beschlossen, seither gehen in der Bevölkerung die Protestwogen hoch. Und seither hat nicht nur Saiten, sondern auch der VCS nochmal nachgezählt.

Ein Ergebnis: Im Monat Mai zum Beispiel waren in den Parkhäusern Brühltor, Burggraben, UG 24 und Manor nie Null Parkplätze frei, dreizehn Mal gab es während fünf Minuten allerdings nur wenige (bis zehn) freie Plätze. Martin Bösch und Susanne Schmid, die die Zahlen ausgewertet haben, kommen zum Schluss, «dass man in der Nähe des Marktplatzes mit Ausnahme ganz weniger Spitzenstunden immer einen freien Parkplatz findet.» Das Parkhaus der Fachhochschule beim Bahnhof ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Wir haben es versuchsweise mitgezählt, immerhin liegt auch es in bequemer Gehdistanz zur Altstadt. Und verkünden frohgemut: Vom November 2012 bis September 2013 gab es während genau hundert Minuten, am 1. Mai 2013 zwischen 15 Uhr und 16.20 Uhr, keine 120 freien Plätze – sondern bloss 107. Der 1. Mai ist traditionell Lädelitag für die Thurgauer, die dann frei haben.

Mit andern Worten: Für 13 Thurgauer Autos am 1. Mai 2013 bekommt die Stadt ein neues Parkhaus unter dem Schibenertor. Für eine Handvoll Dollar, pardon: Thurgauer bricht der St.Galler Stadtrat sein Wort. Ein teurer Preis. Peter Surber